

FDP

Wir Liberalen.

PRD

Les Radicaux.

Bericht über die Junisession 2007 des Grossen Rates

In der Junisession 2007 hat sich der Grosse Rat mit verschiedenen wichtigen Geschäften befasst. Unter anderem gelangten zahlreiche freisinnige Vorstösse zur Abstimmung, die im Rahmen des Paketes „Liberale Lösungen für den Kanton Bern“ eingereicht worden sind. Das Vorstosspaket hatte die Aufgabe, freisinnigen Anliegen auf die politische Agenda zu bringen. Dieses Ziel ist erreicht worden indem die Vorstösse breite Diskussionen ausgelöst haben; die Medien inkl. Schweizerfernsehen haben gross Notiz genommen und den Urheberinnen und Urhebern der Vorstösse viel Raum gewidmet. In materieller Hinsicht ist die Bilanz allerdings eher durchzogen (rund die Hälfte der Motionen wurde als Postulat überweisen), wobei man sich hier vergewissern muss, dass parlamentarische Vorstösse erfahrungsgemäss nicht sehr oft von Erfolg gekrönt sind. Meist gilt hier das Prinzip der kleinen Schritte oder des steten Tropfens, welcher des Stein höhlt.

Motion der SP zum Stimmrecht 16

Die SP forderte mit ihrer Motion die Einführung des aktiven (nicht aber des passiven) Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren. Die FDP stimmte grösst-mehrheitlich (auch auf Empfehlung der Jungfreisinnigen) gegen diesen Vorschlag, weil sie ein auseinanderklaffen des Mündigkeits- und des Stimmrechtsalters für unsinnig erachtete. Ebenso hielten wird es für nicht nachvollziehbar, dass Jugendliche unter 18 Jahren zwar keine Zigaretten kaufen dürfen, weil man sie nicht für reif genug hält, für sich und ihre Gesundheit Verantwortung zu tragen, dass sie dann aber an der Urne über Millionenkredite befinden sollten. Der Rat entschied mit 79:74 knapp für die Einführung, was nun zur Folge hat, dass eine Verfassungsänderung vorbereitet wird, die dann dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden wird. Aufgrund von Meinungsumfragen ist absehbar, dass das Volk hier letztlich ablehnend entscheiden wird.

Schuldenbremse; 2. Lesung

In 2. Lesung hat der Rat die Schuldenbremse zu Handen der Volksabstimmung verabschiedet. Das Modell baut auf den bestehenden Instrumenten der Defizit- und Steuererhöhungsbremse auf. Die Defizitbremse verbietet es dem Kanton, Defizite zu budgetieren. Allfällige Defizite in der Staatsrechnung müssen im Budget des übernächsten Jahres kompensiert werden. Eine Steuererhöhung ist nur möglich, wenn ihr die Mehrheit aller Mitglieder des Grossen Rates zustimmt. Neu soll der Kanton grundsätzlich auch alle Investitionen selber, das heisst durch Abschreibungen und Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung finanzieren. Nur in Ausnahmefällen darf er Kredite aufnehmen. Sollte der Selbstfinanzierungsgrad in einem Jahr unter 100 Prozent fallen, muss dies innerhalb von vier Jahren kompensiert werden. Mit einer Mehrheit von drei Fünfteln seiner Mitglieder kann der Grosse Rat die Kompensationsfrist auf acht Jahre verlängern oder sogar auf eine Kompensation verzichten. Zudem soll die Steuererhöhungsbremse definitiv (heute: Befristung bis 2009) eingeführt werden. Im Weiteren hat der Rat (gegen den Willen von FDP, SVP und EDU aber dank Abwechtlern bei der SVP) das Instrument mit einer Schuldenquote von 12% ergänzt, bei deren Unterschreitung die Anwendbarkeit der Schuldenbremse ruht.

Mit der Schuldenbremse entsteht ein zusätzlicher Druck, in den laufenden Rechnungen substanzielle Erträge zu generieren und die Ausgaben im Griff zu halten bzw. zu reduzieren. Die FDP stimmte mit der bürgerlichen Mehrheit für die Schuldenbremse. Die gesamte Linke war (mit einigen Abweichlern) dagegen.

Motion FDP (Sutter): Liberale Lösungen für den Kanton Bern - Standesinitiative für ein effizienteres und transparentes Steuersystem

Mit einer Motion forderte die FDP, eine Standesinitiative einzureichen, um ein neues Steuersystem zu schaffen, welches gerechter, einfacher, transparenter, nachhaltig wachstumsfördernder und international wettbewerbsfähiger als das heutige Steuersystem ist (z.B. easy flat tax). Der Vorstoss wurde im Rat vor allem mit formellen Argumenten abgelehnt. Das Anliegen sei auf Bundesebene bereits deponiert.

Motion der Grünen für einen Vaterschaftsurlaub

Mit einer Motion verlangten die Grünen die Verlängerung des personalgesetzlich bereits verankerten Vaterschaftsurlaubs für Staatsangestellte. Die bürgerliche Mehrheit lehnte dieses Ansinnen deutlich ab. Dies vor allem deshalb, weil damit eine kantonale Vorreiterrolle auf dem Arbeitsmarkt begründet worden wäre und zudem mit dem geltenden Jahresarbeitszeitmodell schon heute genügend Flexibilität für persönliche Bedürfnisse besteht. Im Weiteren hätte eine Neureglung den Kanton als Arbeitgeber kaum attraktiver gemacht.

Der Vorstoss zeigt einmal mehr, dass die Grüne Partei nicht in erster Linie Umweltanliegen verfolgt, sondern mit ihrem stark gewerkschaftlichen Flügel (ehemals Grünes Bündnis) ganz allgemein gewerkschaftliche Politik macht. Dies sollten sich die Wählerinnen und Wähler vor Augen halten.

Motion FDP (Moser): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – Transportunternehmen (Bahn und Bus) ohne Staat

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die staatlichen Beteiligungen an Bahn-, Bus und Schifffahrtsunternehmen veräussert werden. Seit der Einführung des Bestellerprinzips benötigt der Staat nämlich grundsätzlich keine Beteiligungen an konzessionierten Transportunternehmen mehr. Der Regierungsrat und die Grossratsmehrheit teilten diese Auffassung und waren bereit, das Anliegen zu prüfen, d.h. als Postulat entgegen zu nehmen.

Motionen SVP und SP/JUSO für die Beibehaltung der L-Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen

Mit einer Motion verlangten Grossräte aus SVP und SP die Beibehaltung der Kurzaufenthaltsbewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen aus Nicht-EU-Staaten. Der Vorstoss wurde diskussionslos überwiesen. Der Rat war der Auffassung, dass die Bewilligungen den Betroffenen einen gewissen Schutz böten. Tatsache ist allerdings, dass die im Rotlicht tätigen Frauen ganz generell ungenügend geschützt sind bzw. bleiben.

Motion Grüne: Standesinitiative für ein Waffenverbot

Mit einer Motion verlangten die Grünen, es sei eine Standesinitiative für ein grundsätzliches Waffenverbot einzureichen. Die bürgerliche Mehrheit aber auch einzelne Sozialdemokraten lehnten diesen Vorstoss ab.

Kantonaler Beitrag an die Umgestaltung des Bahnhofplatzes in Bern

Der Grosse Rat stimmte einem Beitrag des Kantons Bern an die Umgestaltung des Berner Bahnhofplatzes von 3,5 Mio. Franken zu und lehnte einen Kürzungsantrag der vorberatenden Kommission um eine Million Franken ab.

Motion FDP (Bolli): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – Religionsfreiheit für Unternehmerinnen und Unternehmer

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die Kirchensteuer für juristische Personen abgeschafft wird. Die FDP war der Auffassung, dass die Kirche zwar Gutes tue, dass aber ein Unternehmen grundsätzlich keinen Glauben habe und es daher auch nicht angehe, hier eine Steuerpflicht zu begründen, die bei natürlichen Personen durch einen Kirchenaustritt umgangen werden kann. Der Rat lehnte die Motion ab, ohne sich der Frage der Vereinbarkeit mit der verfassungsmässigen Glaubens- und Gewissensfreiheit zu stellen.

Motion FDP (Fritschy): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – der Kanton führt keine Institutionen der Psychiatrieversorgung

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die kantonalen Institutionen der Psychiatrieversorgung in Aktiengesellschaften gemäss Artikel 620 ff. OR zu überführen. Es soll dabei geprüft werden, inwiefern die bisher durch die kantonalen Institutionen sichergestellte psychiatrische Versorgung durch RSZ oder andere Leistungserbringer sichergestellt werden kann. Der Vorstoss wurde als Postulat überwiesen.

Motion FDP (Fritschy): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – die kantonalen Schulheime werden selbständig

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die kantonalen Schulheime Schloss Erlach, Landorf Köniz-Schlössli Kehrsatz sowie die Sprachheilschule Münchenbuchsee verselbständigt werden. Der Grosse Rat stimme dem in ein Postulat gewandelten Vorstoss deutlich zu. Da nicht grundsätzliche Bedenken geäussert worden sind, dürfte das Anliegen – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – tatsächlich verwirklicht werden.

Motion FDP (Bolli): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – mehr Autonomie für behinderte Menschen

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass im Behindertenbereich vermehrt Subjektfinanzierungen mit dem Ziel einer besseren Selbstbestimmung und nicht mehr Angebotsfinanzierungen stattfinden. Der Regierungsrat war bereit, das Anliegen im Rahmen des Behindertenkonzeptes, welches im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich erstellt wird, zu prüfen. Der Vorstoss wurde als Postulat überwiesen.

Motion FDP (Bolli): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – effizientere und wirtschaftnähere Organisation der ausserfamiliäre Tagesbetreuung

Mit einer Motion verlangte die FDP, den Kindertagesstätten bei der Tarifgestaltung Autonomie zu gewähren. Die Regierung führte in ihrer Antwort aus, bei den öffentlich finanzierten Kindertagesstätten sei ein einkommensabhängiger Tarif zwingend, „damit die angestrebten sozial- und familienpolitischen Zielsetzungen erreicht werden könnten“. Der Kanton verfüge heute über rund 1300 Plätze in privaten und 2600 Plätzen in öffentlichen Kindertagesstätten. Die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen seien in der Tarifgestaltung bereits frei; der Wettbewerb spiele in dieser Hinsicht. Unsere Motionärin, Brigitte Bolli, betonte vergeblich, sie wolle einkommensabhängige Tarife nicht abschaffen. Sie wolle nur Autonomie in der Tarifgestaltung, um den Wettbewerb zu beleben. Den zentralen Punkt der Motion, die autonome Tarifgestaltung, lehnte der Rat mit 101:41 Stimmen ab. Immerhin stimmt er dem gleichzeitig vorgetragenen Anliegen zu, die Bewilligungsvoraussetzungen für die Eröffnung und Führung von Kindertagesstätten zu vereinfachen.

Motion EVP betr. Verhinderung von Solaranlagen und Wasserkraftwerken durch Denkmalpflege

Mit einer Motion verlangte die EVP, dass die Nutzung von erneuerbarer Energien in der Regel höher zu gewichten sei, als die Interessen der Denkmalpflege. Die bürgerlichen Parteien und vereinzelte Sozialdemokraten unterstützten die Motion, die mit grossem Mehr überwiesen wurde.

Motion FDP (Bolli): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – mehr Qualitätswettbewerb unter den Weiterbildungs-Institutionen

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die heutige Programmförderung in der Erwachsenenbildung durch die Einführung eines Bildungsgutscheins abgelöst wird. Für die Bezugsberechtigung der Bildungsgutscheine sei eine Brutto-Einkommensgrenze festzulegen und es sei eine Liste der unterstützten Angebote zu erstellen. Die Motion wurde leider abgelehnt und damit eine Chance verpasst, den Bildungsgutschein in einem beschränkten Gebiet zu testen.

Motion FDP (Kneubühler): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – mehr Qualitätswettbewerb unter den Schulen der Sekundarschulstufe II

Mit einer Motion verlangte die FDP, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines Ratings unter den Gymnasien geschaffen wird. Im Weiteren verlangte die FDP gesetzliche Grundlagen und Massnahmen, welche die freie Schulwahl – auch über die Kantons Grenzen hinaus – garantieren. Die Motion löste breite Diskussion über die Messbarkeit der Qualität von Schulen aus. Sie wurde leider auch als Postulat abgelehnt.

Drei Motionen FDP (Desarzens/Stalder bzw. Rérat/Fischer): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – mehr Autonomie der Universität, der Fachhochschulen und der Pädagogischen Hochschulen

Mit diesen drei Motionen verlangte die FDP, dass die drei Bildungsinstitutionen einen weit gefassten Leistungsauftrag mit Globalbudget erhalten, ihr Angebot selber festlegen bzw. anpassen können, Gebühren und Reglemente selber erlassen können sowie ihr Personal nach OR und autonom anstellen können. Die Anliegen waren im Rat weitgehend unbestritten. Grüne und SP wandten sich lediglich gegen die eigenständige Gebührenerhebung und gegen eine Anstellung nach OR. Die Vorstösse wurden dennoch in allen Punkten deutlich als Postulate überweisen. Damit hat die Erziehungsdirektion für ihre Gesetzgebungsarbeiten einen klaren Fingerzeig erhalten, wohin die „Reise“ gehen muss,

Postulat FDP (Bolli): Liberale Lösungen für den Kanton Bern – mehr Qualitätswettbewerb unter den Weiterbildungs-Institutionen

Mit einem Postulat wollte die FDP den Regierungsrat beauftragen, abzuklären, wie der Standortwettbewerb unter den einzelnen Schulen in der Volksschule gefördert werden kann. Ziele müssten eine allgemeine Qualitätssteigerung im Volksschulwesen und eine grössere Wahlfreiheit für die Eltern sein.

Der Rat lehnte den Vorstoss, der bloss eine *Prüfung* des Anliegens verlangte, ab. Dies aus regionalpolitischen Befürchtungen und aus Angst, die Wahlfreiheit könnte eine Gettoisierung fördern.

Controllingbericht zur Wachstumsstrategie 2004

Mit einer „Wachstumsstrategie“, die im Jahr 2004 erarbeitet worden war, wollte bzw. will der Regierungsrat die Stärken und Potenziale im Kanton Bern entwickeln. Mit zahlreichen Massnahmen verfolgt seine Strategie drei

Stossrichtungen: Wirtschaftsstandort stärken, Wohnstandort fördern und Leistungsfähigkeit sichern. Der Grosse Rat war gehalten, zu einem Controllingbericht der Regierung Stellung zu nehmen, was kein leichtes Unterfangen war. Der Umfang der Massnahmen, deren unterschiedliche wirtschaftspolitische Relevanz, Erfüllungsgrade und Zeithorizonte sowie die Vermischung zwischen Absichtserklärungen (Strategien) und effektiven operativen Schritten erschwerten eine Gesamtbeurteilung erheblich. Der Grosse Rat nahm den Bericht schliesslich mit Planungserklärungen zur Kenntnis. Mit den Planungserklärungen wollte die bürgerliche Ratsmehrheit teilweise unterstützt von der EVP im Wesentlichen Druck machen, damit Steuersenkungen für natürliche Personen auch nach der Steuergesetzrevision 2008 auf der Agenda bleiben, damit die Erschliessungsprobleme im Bereiche des Privatverkehrs (Stichworte: Bypass Nord Thun, A6 Murifeld, Wirtschaftsstrasse Oberaargau, Zufahrt Emmental) endlich gelöst werden und dass der Kanton eine positive Haltung zum Weiterbetrieb des KKW's Mühleberg einnimmt.

Bern, 14. Juni 2007

Adrian Haas